



**EUROPÄISCHER RAT
DER PRÄSIDENT**



Brüssel, den 1. Februar 2012
(OR. en)
EUCO 17/12
PRESSE 31
PR PCE 14

**Ausführungen des Präsidenten des Europäischen Rates,
Herman Van Rompuy,
vor dem Europäischen Parlament**

In den letzten zwei Jahren mussten die europäischen Staats- und Regierungschefs schwierige und mitunter schmerzhaft Maßnahmen treffen, um den Euro-Raum zu stabilisieren. Obwohl das notwendig war – und wir sehen jetzt allmählich, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben – erkennen wir, dass die Stabilität des Finanzsystems eine notwendige, jedoch nicht ausreichende Voraussetzung für die Erholung der Wirtschaft darstellt. Wir müssen mehr tun, insbesondere für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, und daher haben wir die Strategie "Europa 2020", den Euro-Plus-Pakt und das Europäische Semester eingeführt. Wachstum und Beschäftigung haben wir nie außer Acht gelassen. Der Europäische Rat wird sich auf seiner Tagung im März auf strukturelles Wachstum konzentrieren; übrigens hatten 2011 und 2012 die Volkswirtschaften in den meisten unserer Länder ein Wachstum zu verzeichnen.

Der Schwerpunkt der informellen Tagung des Europäischen Rates vom Montag lag in der Tat auf Wachstum und Beschäftigung. Der Großteil unserer Beratungen galt diesen Themen, auch wenn wir zugleich die endgültige Fassung des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gebilligt haben und letzte Hand an den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion gelegt haben.

Sie werden aus der von den Mitgliedern des Europäischen Rates gebilligten Erklärung ersehen haben, dass wir dies als "wachstumsfreundliche" Konsolidierung und "beschäftigungsfreundliches Wachstum" bezeichnet haben. Was ist damit gemeint?

Die Defizite müssen massiv verringert werden, nicht aber unsere Investitionen in die Zukunft, die Investitionen in allgemeine und berufliche Bildung, Forschung und Entwicklung sowie "grüne" Infrastruktur. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen muss gesteigert werden, und gleichzeitig muss es für sie attraktiver werden, neue Arbeitskräfte einzustellen.

P R E S S E

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9768 - +32 (0)497 59 99 19
Jesús Carmona - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9548 / 5150 - +32 (0)475 65 32 15
press.president@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/>

Eine Wachstumsstrategie deckt viele Aspekte ab: die nahe und die fernere Zukunft, Wirtschaftspolitik und Wettbewerbsfähigkeit, aber auch spezifische Beschäftigungsmaßnahmen, nationale Zuständigkeiten und Zuständigkeiten der Union. Wir haben uns auf drei Prioritäten konzentriert:

Erste Priorität: die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen. In der vergangenen Woche habe ich ein Schreiben des Europäischen Jugendforums erhalten, aus dem ich folgenden Satz zitieren möchte: "Was junge Menschen in Zeiten der Krise und der Sparpolitik brauchen, sind keine schönen Worte, sondern handfeste Investitionen." Das stimmt. Darum haben wir beschlossen, EU-Mittel zu verwenden, um Lehrstellenprogramme einzurichten und jungen Unternehmern Starthilfe zu geben. Beschäftigungspolitische Impulse zu geben, ist größtenteils Sache der einzelnen Länder, das meiste können wir aber auch gemeinsam – als Union – bewirken, und das werden wir tun. Jeder Mitgliedstaat muss als Teil des nationalen Reformprogramms einen "Beschäftigungsplan" vorweisen.

Zweite Priorität: Kleine und mittlere Unternehmen müssen leichter Zugang zu Krediten erhalten, indem beispielsweise verfügbare EU-Mittel zur Unterstützung von Arbeitgebern freigesetzt werden und der hohe Verwaltungsaufwand reduziert wird. Auch die jüngsten Initiativen der Europäischen Zentralbank (EZB) tragen dazu bei, eine Kreditverknappung und eine weitere Vertiefung der Rezession zu verhindern.

Dritte Priorität: der Binnenmarkt. Wir sind entschlossen, mehr daraus zu machen – indem wir beispielsweise den digitalen Binnenmarkt und den Energiebinnenmarkt vollenden. Priorität müssen die Maßnahmen haben, durch die Wachstum und Beschäftigung am stärksten stimuliert werden. Wir haben eine Reihe von Fristen für die Öffnung der Märkte beschlossen.

Das zurückkehrende Vertrauen in den Euro-Raum kann das Vertrauen der Verbraucher und der Unternehmen rasch wiederherstellen, wie es 2009 nach der Finanzkrise der Fall war, und das kürzliche Nachgeben des Wechselkurses des Euro kann die Exporte ankurbeln. All das ist kurzfristig hilfreich. Ziel ist es, Perspektiven zu bieten und durch die auf dieser Tagung des Europäischen Rates und auf seinen Tagungen im März und Juni getroffenen Beschlüsse Hoffnung zu wecken. Ergebnisse brauchen ihre Zeit, an unserer Entschlossenheit und der des dänischen Vorsitzes gibt es jedoch keinen Zweifel.

Ich möchte mich jetzt dem Vertrag zuwenden, da ich weiß, dass er für Sie von besonderem Interesse ist und ein Kapitel abschließt, das fast zwei Jahre lang Anlass zu umfangreichen Erörterungen gegeben hat. Wie ich in diesem Hause bereits mehrmals gesagt habe, hat es uns seit der Einführung des Euro an einer Steuerungsstruktur gefehlt.

Dieser Vertrag ist lediglich als ein Einzelbestandteil der Reformen in Bezug auf die wirtschaftspolitische Steuerung zu betrachten, die wir in den vergangenen zwei Jahren erreicht haben, Reformen, die sowohl verantwortliches Handeln als auch Solidarität voraussetzen und zu denen auch das Sechserpaket gehört, das nach wie vor die Grundlage unserer neuen Lenkungsstruktur bildet.

In diesem Vertrag geht es um mehr Verantwortung und bessere Überwachung. Jedes Land, das ihn unterzeichnet, verpflichtet sich, eine "Schuldenbremse" in sein Recht, vorzugsweise auf Verfassungsebene, aufzunehmen. Ein automatischer Korrekturmechanismus wird für eine bessere Einhaltung der Bestimmungen sorgen.

Die Verankerung der Schuldenbremse im Vertrag wird ihr eine größere Glaubwürdigkeit verleihen. Das ist eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme und ein wesentlicher Schritt hin zu einer engeren und unwiderruflichen wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Integration und zu einer besseren Steuerung im Euro-Währungsgebiet. Die Aussichten für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und die Staatsverschuldung im Euro-Währungsgebiet werden dadurch deutlich verbessert, und das Wirtschaftswachstum wird somit gefördert.

Die Aufnahme dieser Verpflichtung zur Selbstkontrolle in den Vertrag ist Ausdruck unseres langfristigen und unwiderruflichen Engagements für die Vermeidung übermäßiger Defizite und Schulden.

Durch den Vertrag wird auch die erforderliche Mehrheit für die Einleitung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit geändert, was im Rahmen der Rechtsakte des Sechserpakets nicht möglich war. Dies ist für die Glaubwürdigkeit dieses Verfahrens von ganz besonderer Bedeutung.

Es stellt keine Verpflichtung zu einem rigiden Sparkurs dar, sondern begründet die Verpflichtung, Staatsausgaben durch Einnahmen statt durch Kreditaufnahmen zu finanzieren. Übermäßige Verschuldung an sich ist nichts Positives – sie führt dazu, dass ein immer größerer Teil der öffentlichen Ausgaben auf den Schuldendienst statt auf öffentliche Dienstleistungen und Investitionen entfallen. Die übermäßige Staatsverschuldung gefährdet unser Sozialmodell.

Wie die meisten Mitglieder des Europäischen Rates und wie auch das Europäische Parlament hätte ich diese Probleme lieber mit einer Änderung der bestehenden Verträge als mit einem gesonderten Vertrag gelöst. Aber wie Sie wissen, gab es dafür nicht die erforderliche Einstimmigkeit. So blieb uns nur dieser Weg. Dabei war ich persönlich jedoch entschlossen, die neuen Bestimmungen so eng wie möglich an die EU-Verträge anzulehnen. Wir haben keine gesonderte Einrichtung geschaffen, sondern ein Mittel zur Verstärkung unserer Union. Dies war auch mein Bestreben bei der Errichtung des Euro-Plus-Pakts. Ich hoffe, dass es unseren Nachfolgern gelingen wird, diesen Vertrag in die EU-Verträge einzugliedern.

Ich möchte auch betonen, dass ich mich persönlich dafür eingesetzt habe, die Union so eng wie möglich zusammenzuhalten, obwohl ich mir der Besonderheiten des Euro-Raums bewusst war. Alle Länder, die diesen Vertrag ratifizieren, werden an Euro-Gipfeln teilnehmen, wenn es um die Struktur und die Grundregeln des Euro-Raums oder um die Durchführung des Vertrags und die Wettbewerbsfähigkeit der Vertragsparteien geht. Es hat mich sehr gefreut, dass fast alle Länder den Vertrag unterzeichnen werden. Er wird in Kraft treten, sobald er von 12 Euro-Ländern ratifiziert worden ist.

Bei diesen Arbeiten wurden wir von drei Vertretern des Parlaments, Elmar Brok, Roberto Gualtieri und Guy Verhofstadt, unterstützt, denen ich für ihre Bemühungen danken möchte. Der Umstand, dass – neben anderen – das Parlament auf Kohärenz mit den bestehenden Verträgen bestanden hat, war besonders hilfreich und hat dazu beigetragen, einige Kernmerkmale des neuen Vertrags festzuschreiben.

Neben diesem "finanzpolitischen Pakt" haben wir auch die Einigung der 17 über den Vertrag für den Europäischen Stabilitätsmechanismus gebilligt. Er wird in dieser Woche unterzeichnet, so dass er ab Juli 2012 in Kraft treten kann. Das baldige Inkrafttreten dieses ständigen Schutzmechanismus wird dazu beitragen, Ansteckungen im Euro-Raum zu verhindern und das Vertrauen wiederherzustellen. Sein Funktionieren wird auch von Ihrem Parlament kontrolliert werden, wie ich bereits in meinem Schreiben vom 22. März letzten Jahres an Ihre Berichterstatter angekündigt habe. Wie im Dezember vereinbart, werden wir auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates – also in nicht einmal vier Wochen – erneut bewerten, ob die Mittel im Rahmen der Rettungsfonds EFSF und ESM angemessen sind.

Ich möchte zu einem letzten Punkt kommen. Auch wenn dies kein offizieller Tagesordnungspunkt war, haben wir uns kurz mit drei dringenden außenpolitischen Fragen befasst, und zwar im Wesentlichen in Anlehnung an die klaren und entschlossenen Schlussfolgerungen des Rates (Auswärtige Angelegenheiten) vom 23. Januar.

Wir haben die von den Außenministern in der vergangenen Woche beschlossenen restriktiven Maßnahmen gegen Iran, einschließlich eines Ölembargos, gebilligt.

Wir haben unsere Empörung über die Gräueltaten und Repressionen des syrischen Regimes zum Ausdruck gebracht und die Mitglieder des VN-Sicherheitsrats nachdrücklich aufgefordert, die längst überfälligen Schritte zu ergreifen, um den Repressionen ein Ende zu setzen.

Dies sind nach unserem gemeinsamen Auftreten in Libyen gute Beispiele für eine Gemeinsame Außenpolitik.

Hiermit möchte ich meinen Bericht abschließen. Schritt für Schritt kommen wir mit dem Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion voran. Sicherlich langsamer als erhofft und erwartet, aber jedes Mal mit großer Übereinstimmung unter unseren Mitgliedstaaten. Dies war auch auf der Tagung des Europäischen Rates vom vergangenen Montag der Fall.

Ein weiterer Fortschritt auf dem Weg zu größerer Hoffnung.
